

ZERFALL DES MYTHOS VON DER «MITTE»

AUSBREITUNG EINES «SOZIALEN NATIONALISMUS»

«Ein Versuch, mir und anderen die Erfolge der «Alternative für Deutschland» und der rechten außerparlamentarischen Bewegung zu erklären und linke Antwortstrategien zu finden.»

Von Horst Kahrs.

Inhalt:

- POLARISIERUNG ODER AUSBREITUNG - WORUM ES GEHT
- AFD: EIN NEUER SPIELER IM DEUTSCHEN PARTEIENWETTBEWERB
- EMPIRISCH BEGRÜNDETE ANNAHMEN ZUR AFD
- EMPIRISCH BEGRÜNDETE ANNAHMEN ZU ANHÄNGER_INNEN UND WÄHLER_INNEN DER PARTEI
- VORSCHLÄGE FÜR EINE PARLAMENTARISCHE STRATEGIE
- ANNAHMEN ÜBER GESELLSCHAFTSPOLITISCHE BRÜCHE UND DYNAMIKEN, DIE DER AFD IN DIE KARTEN SPIELEN UND IHREN ERFOLG FESTIGEN KÖNNTEN
- DAS «PEGIDA-SYNDROM»
- EINE ABSCHWEIFUNG: WIE BEDROHT IST «DIE DEMOKRATIE» - UND WO?
- POLITISCHE SCHWARZMARKTPHANTASIEN – DREI ERKLÄRUNGSANSÄTZE
- ELEMENTE VON ALTERNATIVEN UND LINKEN ANTWORTEN
- QUELLEN/LITERATURNACHWEIS

POLARISIERUNG ODER AUSBREITUNG - WORUM ES GEHT

Wie kann sich die politische und gesellschaftliche Linke in Deutschland erfolgreich gegenüber den aufkommenden neuen rechten politischen Kräften behaupten? Was kann sie dazu beitragen, deren Offensive zu brechen? Wie lassen sich die Wahlerfolge der «Alternative für Deutschland» (AfD) und die Mobilisierungen außerparlamentarischer Kräfte wie der Dresdner «Pegida» angemessen erklären und beantworten? Dieses Papier enthält keine abschließenden Antworten; sie kann es in einem offenen politischen Prozess nicht geben. Versucht wird, sich und anderen ein für Deutschland neues politisches Phänomen soweit zu erklären, dass angemessenes politisches Handeln begründet werden kann.

In der deutschen Gesellschaft breiten sich ausländerfeindliche Stimmungen und Haltungen nicht aus. Alle einschlägigen Umfragen und Messungen zu Einstellungen und Stimmungen gegenüber Zuwanderung, Ausländern und Flüchtlingen zeigen einen Rückgang ausdrücklich ausgrenzender, feindlicher Gesinnungen. Die Einstellung «Hier leben schon so viele Ausländer, wir können keine weiteren aufnehmen» vertrat Anfang und Ende 2014 jeweils 18% der Befragten einer Allensbach-Studie gegenüber 42% Mitte 2004. Gegen ein «Asylbewerberheim» in ihrer Gemeinde würden Ende 2014 24% der Befragten unterschreiben, 1992 waren es 37% (Ost: 31% statt 40%; West: 23% statt 37%) (Köcher 2014c). Auch andere Langzeituntersuchungen zeigen einen Rückgang der ausländerfeindlichen Einstellungen gegenüber den Jahren 2004-2006 (vgl. Lill 2015). Auszugehen wäre also nicht von einer Verbreitung, sondern von einer zunehmenden Polarisierung und Verhärtung, von einer wachsenden Bereitschaft, die ablehnenden Einstellungen in der Öffentlichkeit kollektiv und organisiert auszudrücken. Es handelt sich unter dieser Perspektive eher um die *Langzeitwirkung* von breiten Debatten wie derjenigen über die «Sarrazin-Thesen» und die *Verfestigung* von «Weltsichten», wie sie in einschlägigen Foren im Internet vertreten werden. Wir haben es mit Entwicklungen zu tun, die unterhalb des Radars der auf Tagesaktualität ausgerichteten medialen und politischen Aufmerksamkeitsökonomie in bestimmten Teilen der Gesellschaft herangereift und miteinander verbunden worden sind.

Die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament machten vor allem in den nord- und westeuropäischen Staaten das Erstarken von Parteien rechts der christdemokratisch-konservativen Parteifamilie der Europäischen Volkspartei *sichtbar*. Mehrheitlich handelt es sich weniger um einen Zuwachs, mehr und eher noch um eine Ausdifferenzierung im konservativen Parteienlager, im parteipolitischen Spektrum rechts der Mitte, also (noch) nicht um eine wirkliche machtpolitische Kräfteverschiebung. Eine Ausnahme bilden die Ergebnisse in Großbritannien und Frankreich. Die Erfolge von FN und UKIP drücken sowohl der nationalen Politik als auch dem Agieren der französischen und britischen Regierungen auf europäischer Ebene erkennbar ihren Stempel auf.¹

In Deutschland kann davon bisher (noch) nicht die Rede sein. Zwar errang mit der «Alternative für Deutschland» (AfD) eine neue Partei rechts von der Union bei der Bundestagswahl 2013 einen Achtungserfolg, zog anschließend bei der Wahl zum Europäischen Parlament mit 7,1 Prozent der Stimmen erstmals in ein Parlament ein, erreichte dabei zudem absolut etwas mehr Stimmen als Zweitstimmen bei der Bundestagswahl und im Spätsommer bei drei Landtagswahlen 9,7% (Sachsen), 10,6% (Thüringen) und 12,2% (Brandenburg) der Stimmen. Tatsächlich drücken diese Erfolge eine Verschiebung der politischen Stimmungslage in der Bevölkerung aus. Der Rückgang der Stimmen für Parteien links von der Union setzte jedoch bereits 2005 und 2009 ein, lange vor der Gründung der AfD. Stimmenzuwächse für die FDP und eine wachsende Wahlenthaltung waren seine politische Verlaufsform. Die AfD füllt aktuell ein politisches Repräsentationsvakuum.² Ob sie auch die politischen Kräfteverhältnisse verändert, wird sich noch erweisen müssen. Die CSU versucht sich darin öffentlichkeitswirksam, andererseits ist unverkennbar, dass die mediale Stimmungslage eine andere ist als vor knapp 25 Jahren, nicht zuletzt deshalb, weil maßgebliche Unternehmerverbände das kapitalistische Bedürfnis nach (qualifizierter) Zuwanderung herausstellen.

Wenn die Annahme zutrifft, dass wir uns einem dynamischen Prozess gegenüber sehen, dann verbieten sich vorschnelle Deutungen nach dem Muster identitärer Zuschreibungen. Was und wer die AfD *ist*, was genau ihre *Identität* ausmacht, scheint mir in der Tat noch offen. Zu viel in der und um die Partei herum ist in Bewegung, in Formung. So scheinen die Erfolge der AfD eine neue Welle außerparlamentarischer Aktionen «ganz normaler Bürger» zur «Verteidigung des christlichen Abendlandes» Auftrieb verliehen zu haben. Diese Bewegungen zeichnen sich durch eine eigene Dynamik aus, zu der sich die AfD als Partei insgesamt in ein Verhältnis setzen muss, was ohne weitere innerparteiliche Klärungsprozesse nicht möglich sein wird. So nimmt, ein weiterer Aspekt, die öffentlichen Diskussion in Medien und Parteien zum Verhalten in Sprache, Darstellung und Politik/Handeln gegenüber der AfD erst Fahrt auf. Diese Reaktionen haben wiederum auf die weitere Prägung der AfD Einfluss.

Es geht mir im Folgenden um die Frage, wie die Erfolge der AfD und wie die gesellschaftlichen Bewegungen und Brüche, die darin ihren Ausdruck finden, zu erklären sein könnten. Ein Versuch, sich und anderen die AfD und die rechten außerparlamentarischen Bewegungen zu erklären, kann am Ende nicht mit sicheren Antworten, wie der AfD erfolgreich zu begegnen sei, aufwarten; bestenfalls sind Vorschläge zu erwarten, wie Antworten beschaffen, wo sie gesucht sein sollten. Zunächst, so viel vorweg, geht es meines Erachtens vor allem um eine Verständigung darüber, was gegen AfD & Co zu verteidigen ist. Im ersten Teil

¹ Diese Einschätzung wäre laufend zu prüfen. Michael Bröning macht darauf aufmerksam, dass 2014 ein «globales Superwahljahr» war mit Siegen für die Republikaner bei den US-Midterms, für Orban in Ungarn, für Erdogan in der Türkei, für die Hindu-Nationalisten von Modi in Indien oder für Shinzo Abe in Japan. Sie «belegen eine globale Renaissance des Nationalismus, die man als Konservatismus bezeichnen könnte, wenn sie sich nicht so dezidiert den Status quo als Feindbild auserkoren hätte». Diese «aktuelle Renationalisierung» sei «nicht Ursache, sondern Symptom eines tieferliegenden Wandels», der «vielerorts» mit einer «Rückbesinnung auf religiöse Werte» einhergehe. «Die Welt sucht nach Gewissheiten. Denn das Globale ist für viele offenbar kein Versprechen mehr, sondern Bedrohung und Quelle unkalkulierbarer Risiken von Ebola über TTIP und Zuwanderung bis hin zu einem gnadenlosen globalen Wettbewerb. In dem Maße wie technologischer Fortschritt Grenzen durchlässig macht und die Geografie überwindet, wächst das Bedürfnis nach Sicherheit und klar greifbarer Identität.» (Bröning 2015, 2.)

² Bereits bei der Analyse des Ergebnisses der Bundestagswahl 2013 wurde darauf hingewiesen, dass erstmals fast ein Sechstel der abgegebenen Stimmen nicht um Parlament repräsentiert werden, dass die rechnerische Mehrheit der Parteien «links von der Union» sich nur dem Scheitern von FDP und AfD verdankt, dass auch angesichts der Altersstruktur der nicht repräsentierten Wählerinnen und Wähler von einer rechten außerparlamentarischen Bewegung gesprochen werden sollte und dass die linken Kräfte demgegenüber aus der politischen Defensive agieren würden (vgl. Kahrs 2013). Die Wahlen 2014 haben diese Einschätzung bestätigt; eine weitere Stufe der Kräfteverschiebung wäre es, wenn die Union (offen) auf eine Zusammenarbeit und Koalition mit der AfD setzen würde.

werde ich mich mit der Partei «Alternative für Deutschland» als parlamentarischem Ausdruck einer rechts-populistischen außerparlamentarischen Bewegung, also ihrem Einbruch in das engere politische System, befassen. Im zweiten Teil soll es dann um Aspekte der gesellschaftlichen Brüche und Bewegungen gehen.

AFD: EIN NEUER SPIELER IM DEUTSCHEN PARTEIENWETTBEWERB

Manche Beobachter und Beobachterinnen sprachen nach den Wahlerfolgen der AfD davon, dass mit der AfD das deutsche Parteiensystem europäische Normalität erreicht habe, mit der man sich arrangieren müsse: Mit der Partei DIE LINKE existiere eine parlamentarische Partei am linken, mit der AfD nun eine am rechten Flügel des Parteiensystems. Mit der «Normalisierungsthese», das ist ihr eigentlicher politischer Kern, geht die unausgesprochene Annahme einher, dass die AfD ihre Erfolge bei kommenden Wahlen in den nächsten Jahren wiederholen kann, so dass sie zu einem festen Bestandteil des deutschen Parteiensystems wird. Ob das eintrifft, kann heute keineswegs als sicher gelten. Die aktuellen internen persönlichen wie politischen Auseinandersetzungen in der Partei auf der Bundesebene und in einzelnen Landesverbänden lassen auch eine andere Entwicklung möglich erscheinen.

Tatsächlich erlebten wir keine nachholende Normalisierung, sondern den Beginn einer neuen Dynamik³ in der politischen Krise in Europa: Die AfD ist eher Bote, Menetekel einer neuen Runde der Desintegration des bestehenden politischen Repräsentationssystems. Im Erfolg der AfD verschränken sich zwei Prozesse bzw. deren Folgen: der wahlpolitische Bankrott der ideologischen Speerspitze des Neoliberalismus («Leipziger Programm» der CDU 2005, FDP 2013) und die politische «Interpretation» der Euro-Krise als eine Krise von und zwischen unterschiedlich leistungsstarken europäischen Nationalstaaten und ihren Volkswirtschaften. Dies ist eine Interpretation, eine Erklärung für das Auftauchen der AfD auf der politischen Bühne. Mit der Analyse sind naturgemäß bestimmte Setzungen über Ziele und Wege einer Gegenstrategie verbunden.

Der Reihe nach soll zunächst über empirisch begründbare Annahmen zur Partei und zu ihren Wähler_innen gesprochen werden. Daraus ergeben sich Schlussfolgerungen für den parlamentarischen Umgang mit der AfD bzw. für die politische Auseinandersetzung mit der Parteiform. Für die außerparlamentarische Auseinandersetzung folgen ein paar Annahmen, warum die AfD auch als Parteiform längerfristig Bestand haben könnte. Sollten die Annahmen plausibel sein, bräuchte es Strategien und Antworten von links, die vor allem auf diese gesellschaftlichen Dynamiken und nicht allein – dann: vordergründig – auf die AfD als Partei im Parteienwettbewerb bezogen sind. Denn, so die letzte damit verbundene Annahme, am Ende des Tages wird nicht die Aufklärung und Entlarvung der Anliegen und Forderungen der AfD als «undemokratisch», «rechtspopulistisch», «menschenverachtend», «reaktionär» oder schlicht «unzureichend» und «falsch» zu deren Scheitern beitragen. Nur im Wortsinn attraktive linke Antworten werden den an anderer Stelle herausgearbeiteten gesellschaftlichen Trend zu rechten Lösungen und Parteien umkehren. Hierbei muss es sich nicht notwendig um «Gegenmodelle» handeln. Es kann auch versucht werden, andere Themen, Perspektiven und Werte zu (wahl-) entscheidenden Punkten zu machen und damit Wähler_innen anzuziehen. Die Antwort auf das Agieren der AfD im Parteiensystem ist eine Sache. Die Antwort auf die außerparlamentarischen Bewegungen und den gesellschaftlichen Verdross, die die AfD derzeit als ihren angemessenen parlamentarischen Ausdruck benutzen, ist ein zweites Thema.

EMPIRISCH BEGRÜNDETE ANNAHMEN ZUR AFD

Wer und was die AfD ist, kann heute nicht abschließend bestimmt werden. Gegenstrategien können sich nicht auf gesichertes Wissen darüber stützen, wer oder was die AfD *ist*, wohl aber darauf, welche Kräfte und Gegensätze sie bewegen.

Sicher ist, dass die AfD bislang als parlamentarische Sammlungsbewegung unterschiedlicher außerparlamentarischer oppositioneller Strömungen/Bewegungen fungiert, dass sie politische Glücksritter ebenso anzieht wie auch vormals gescheiterte Parteigründer (Schill-Partei, Statt-Partei, Die Freiheit und andere

³ Das erfolgreiche Auftreten einer Partei rechts von der Union in Deutschland ist nicht neu. So gründeten 1983 abtrünnige CSU-Mitglieder die Partei «Die Republikaner». 1989 zog sie mit 7% ins Europäische Parlament und mit 7,5% ins Abgeordnetenhaus von Berlin. Im Landtag von Baden-Württemberg war sie von 1992 bis 2001 vertreten. Die Republikaner bildeten, anders als andere regionale Erscheinungen wie die STATT-Partei oder SCHILL-Partei, einen ersten nationalen parteipolitisch gefärbten Ausdruck rechter Gegner der europäischen Institutionen und Integration, zu deren zentralen Themen wiederum Verlust von Sicherheit und Ordnung durch (kulturelle) Öffnung und Zuwanderung gehörten.

mehr) und als neue Spielerin im Parteienwettbewerb «Wutbürger», «Angstbürger» und unzufriedene Wähler aller anderen Parteien anzieht. Es sind vor allem drei gesellschaftspolitische Strömungen, die die Partei zu prägen versuchen.

Die wirtschaftsliberale bzw. marktradikale Strömung, die personell vor allem von Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel repräsentiert wird, steht in Opposition zur EU-Politik der vorherigen wie der aktuellen Bundesregierung, also zur Politik von Union, FDP und SPD (und Grünen). Diese Strömung sieht durch die südeuropäischen Krisenstaaten die Stabilität der Währung bedroht, wendet sich gegen die schleichende Vergemeinschaftung der Schulden und den Ausbau der Euro-Zone zu einer «Solidargemeinschaft» oder «Transfer-Union». Schwache Staaten sollen den Euro verlassen. Diese Strömung kritisiert die «Bankenrettung» 2008-2011 als Verstoß gegen marktwirtschaftliche Grundsätze (besonders das Verursacher- und Haftungsprinzip) und verlangt, den Regeln marktwirtschaftlichen Wettbewerbs gegen die Marktmacht transnationaler Konzerne, Geltung zu verschaffen, damit im mittelständische und Familienunternehmen eine «faire Chance» haben. Ihre Vertreter unterstützen ein transatlantisches Freihandelsabkommen. Freier Wettbewerb im Sinne einer ordoliberalen sozialen Marktwirtschaft und die Währungsstabilität, also die Geld- und Zinspolitik, stehen im Zentrum; Mindestlöhne werden vehement abgelehnt.

Die nationalkonservative und nationalliberale Strömung, repräsentiert zum Beispiel von Konrad Adam und Alexander Gauland, thematisiert vor allem die nationalstaatliche Selbstbestimmung Deutschlands, derzeit vor allem gegenüber den USA, «Brüssel» (EU) sowie Flüchtlingen und Migranten. Die nationalstaatliche Souveränität steht im Fokus, etwa wenn gesagt wird, dass Deutschland durchaus Zuwanderer benötige und die AfD daher nichts gegen Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte habe. Aber eine «Einwanderung in den deutschen Sozialstaat» müsse verhindert werden. Deutschland müsse Souverän über seine Grenzen bleiben und bestimmen könne, wer ins Land kommen darf. Dieses Thema wird meist mit dem Kriminalitäts- und Sicherheits-Thema verkoppelt. Außenpolitisch positioniert sich diese Strömung gegen eine deutsche «Vasallentreue» in der «westlichen Wertegemeinschaft» und daher z.B. auch gegen die Sanktionen gegen Russland.

Als dritte Strömung lässt sich eine wertkonservative und klerikale Strömung ausmachen, für die etwa das MdEP Beatrice von Storch oder die sächsische Landesvorsitzende Frauke Petry stehen. Das traditionelle christliche Familienbild und evangelikale Werte und Normen werden vertreten, insbesondere gegen Gleichstellung von Minderheiten und Gender-Mainstreaming-Politik. Diese Strömung versteht sich als Reaktion bzw. Gegenbewegung zu den kulturellen Veränderungen im gesellschaftlichen Zusammenleben im Gefolge der 68er-Bewegung. Die parteipolitische Strategie kommt als Roll-Back grüner Politik daher, sie ist die recht eigentlich reaktionäre Strömung in der AfD.

Zu diesen drei Strömungen kommen in einzelnen Kreisverbänden starke rechtsextremistische Bastionen, von denen die AfD als Partei sich zu distanzieren versucht. Es gilt, das «Schmuddel-Image» zu vermeiden und das Bild von «bürgerlicher Anständigkeit» zu pflegen, da kann jede Abgrenzung von Rechtsextremisten hilfreich sein. Hierbei handelt es sich jedoch um eine Gratwanderung, weil die Methode, der Politik-Gestus des «Man-wird-im-eigenen-Land-ja-wohl-noch-sagen-dürfen» keine scharfe Abgrenzung zum Rechtsextremismus zulässt ohne die Wirkung zu verlieren. Eine eindeutige Trennung wird auf absehbare Zeit daher wohl nicht erfolgen.

Zusammengehalten werden diese Strömungen in der Partei bislang im Zweifel durch den dreifachen Bezug auf die Souveränität des Nationalstaates, auf das zu erkämpfende bevorrechtigte Wohlergehen der traditionellen Familie mit mehreren Kindern und auf die hart arbeitende, «leistende» soziale Mitte der Gesellschaft – sowie durch den Willen zum Wahl-Erfolg. Keine Strömung glaubt bislang, ohne die anderen erfolgreich sein zu können: «Nationalstaat» plus «Familie» plus «Leistung» gleich politischer (Wahl-)«Erfolg».

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen der wirtschaftsliberalen und der rechtskonservativen Strömung nahmen nach den Wahlerfolgen wieder zu. Hierbei geht es um das Ansinnen Luckes, alleiniger Parteiführer zu werden, formal eine Satzungsfrage, und um das Verhältnis zu Russland und den «Pegida»-Demonstrationen, also zur rechtspopulistischen Bewegung. Prototypisch sind die Warnungen von Hans-Olaf Henkel und die Reaktionen von Alexander Gauland, doch dahinter steckt mehr als «personelle Quereien». Lutz Goebel, der Präsident des Verbands «Die Familienunternehmer», der viel zum Erfolg der AfD beigetragen hat, brachte es so auf den Punkt: *«Risiko und Haftung – nur die AfD sagt deutlich, dass in der Eurozone beides rapide auseinanderfällt. Und dass das Konsequenzen haben wird. Union und SPD ver-*

schlechtern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, um so Energiewende und Sozialpolitik zu finanzieren. (...) Wenn aufgrund solcher Politik die Beschäftigung demnächst einbricht, wird die Zahl derjenigen anwachsen, die den internationalen Wettbewerb und den Euro für die Schuldigen halten. (...) Mit der Alternative zur Euro-Rettungspolitik find die Partei liberal an. Völlig richtig war ihre Frage, was geändert wird, damit künftig nicht die Steuerzahler wieder Banken retten müssen. Aber mit Themen, die vor allem der brandenburgische Vorsitzende Gauland vorantreibt, wie zum Beispiel Asylpolitik, gerät die AfD auf die Rutschbahn, doch nur eine weitere Stimme derjenigen zu werden, die sich als Globalisierungsverlierer empfinden. Aber gerade dafür gibt es schon genügend Parteien. Wer Globalisierungsgegner als Wählergruppe gewinnen will, ist folgerichtig gegen ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten und für mehr Protektionismus. Damit sägt dann aber auch die AfD ein Standbein unseres Wohlstandes ab» (Goebel 2014).

Die aktuelle Auseinandersetzung in der AfD um Satzungsfragen – ein alleiniger Vorsitzender Bernd Lucke oder weiterhin drei gleichberechtigte Sprecher Adam, Lucke, Petry – ist auch Ausdruck davon, dass der innere – und auch äußere – Druck, eine Entscheidung zwischen nationalliberalem oder national-völkischem Kurs zu treffen, groß ist.

EMPIRISCH BEGRÜNDETE ANNAHMEN ZU ANHÄNGER_INNEN UND WÄHLER_INNEN DER PARTEI

Inwieweit die Wähler und Wählerinnen, die der AfD bei der Bundestagswahl und Monate später bei der Europawahl ihre Stimme gaben, diesen Strömungen zuzuordnen sind, muss eine offene Frage bleiben. Stimmen-Hochburgen hat die AfD in den süd-westdeutschen Ländern, wo es seit den späten 1980er Jahren, seit den «Republikanern», eine parteipolitische Tradition christdemokratischer, konservativer Häresie gibt. Die Union fungierte hier zeitweilig bereits früher nicht mehr als Machtmaschine unterschiedlicher bürgerlicher Kräfte, die allein der Wille zur parlamentarischen Mehrheit und Macht eint. In den nord-westdeutschen Ländern schnitt die AfD bislang unterdurchschnittlich ab, daran scheiterte der Einzug in den Bundestag 2013. In den ostdeutschen Ländern hat die AfD weitere Hochburgen. Hier scheint die AfD zusätzlich auch von einer geringeren Parteibindung und einer höheren Wechselbereitschaft der Wähler_innen zu profitieren. Der Freistaat Sachsen könnte prototypisch sein: Fünfzehn Jahre nahezu monarchisch gestaltete absolute CDU-Mehrheit unter Kurt Biedenkopf zerbröselten bei der Landtagswahl 2014 dramatisch – nach rechts, zur NPD, 2009 dann vor allem als Aufwuchs der FDP und 2014 zum Wahlerfolg der AfD. Sachsen zeigt eine hohe (partei)politische Dynamik rechts von der SPD.

Betrachtet man die beiden nationalen Wahlen 2013 und 2014, an denen die AfD teilnahm, so fällt auf, dass die Partei bei der EP-Wahl knapp 1 Million ihrer Wähler und Wählerinnen der Bundestagswahl nicht an die Wahlurne mobilisieren konnte. Sie blieben zu Hause. Gleichzeitig wanderten 220.000 Stimmen wieder zu anderen, «etablierten» Parteien. Es spricht nicht für einen mobilisierungsbereiten und festen Wählerkern, wenn 1,2 Mio. Wähler die neue Partei nur neun Monate später nicht mehr wählen. Gleichwohl aber erreichte die AfD als einzige Partei bei der EP-Wahl absolut mehr Stimmen als bei der Bundestagswahl. Sie zog knapp 1,3 Mio. neue Wähler an, das spricht wiederum für eine anhaltend hohe Anziehungskraft der neuen Partei auf unzufriedene, wechselbereite Wähler und Wählerinnen anderer Parteien. Allein 530.000 vor allem ältere CDU-Wähler liefen nach der Bundestagswahl bei der EP-Wahl zur AfD über, aber auch wieder Wähler und Wählerinnen anderer Parteien. Nach dem Beinahe-Erfolg bei der Bundestagswahl trauten sich erstmals in großem Umfang CDU-Wähler aus den älteren Jahrgängen, bei der Europa-Wahl die AfD anzukreuzen.

Der Durchbruch bei den drei ostdeutschen Landtagswahlen hätte, nach den Länderergebnissen der beiden nationalen Wahlen, vor allem den Veränderungen bei der EP-Wahl, genauso gut in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland erfolgen können, wenn dort im Herbst 2014 gewählt worden wäre. Die Zahl derjenigen, die bei den Landtagswahlen erstmals AfD gewählt haben, dürfte begrenzt sein.

Betrachtet man die (wahl-)politische Herkunft der zusammen 3,35 Millionen AfD-Wähler bei den beiden nationalen Wahlen 2013/2014, wie sie die Wählerwanderungsbilanzen von Infratest Dimap darstellen, so kommen von der CDU 25%, von der FDP 16%, von anderen kleinen Parteien ebenfalls 16%, jeweils 14% von SPD und DIE LINKE, 8% von vorherigen Nichtwählern und -wählerinnen, 4% von den Grünen und 3% waren Erstwähler und Erstwählerinnen. Zwei Fünftel der AfD-Stimmen stammten aus dem etablierten bür-

gerlichen Lager (Union, FDP), ein knappes Drittel aus dem etablierten Lager links der Union (SPD, LINKE, Grüne). Ein Viertel stammte von Wählern, die zuvor nicht, vor allem aber eine Partei gewählt hatten, die nicht im Parlament vertreten war.

Eine Strategie von links, die auf Rückgewinnung abgewandelter Wähler setzt, hätte sich also auf einen bestimmten Ausschnitt der AfD-Anhänger zu fokussieren. Hier hätte, so die bisherigen Zahlen, vor allem die SPD Erfolgsaussichten: Bei der EP-Wahl wählten 80.000 AfD-Wähler wieder Parteien links der Union: 50.000 die SPD, 20.000 DIE LINKE und 10.000 die Grünen.

Was ist noch bekannt über die soziale und lebensweltliche Herkunft der AfD-Wähler? Sie verteilen sich mittlerweile über alle Altersgruppen mit einem Schwerpunkt bei den mittleren, berufstätigen Jahrgängen. Angehörige von Haushalten mit einem höheren Einkommen neigen ebenso überdurchschnittlich zur AfD wie Besitzer von Wohneigentum, Freiberufler, Selbstständige und Beamte, Männer stärker als Frauen. Arbeitslose und Personen mit niedrigem Einkommen sind unterdurchschnittlich vertreten. In den (Sinus-)Milieus bzw. Lebenswelten der «bürgerlichen Mitte», der «konservativ Etablierten» und der «Traditionellen» besitzt die AfD ihre Hochburgen.

Die Anhänger der AfD haben spezifische Ansichten über die Partei. Sie sagen in einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (Köcher 2014b), dass die Partei vor allen steht für «die Interessen Deutschlands» (85%), «die Begrenzung der Zuwanderung» (80%), «stärkere Bürgerbeteiligung» (79%), «Abschaffung des Euro» (64%), «Sicherheit, Bekämpfung der Kriminalität» (64%), «Mut zu Reformen» (55%), «Soziale Gerechtigkeit» (54%), «Stärkung der Wirtschaft» (53%), «Bekämpfung der Staatsverschuldung» (49%), «Förderung von Familien mit Kindern» (47%). Diese Zuschreibungen der Anhänger differieren zum Teil stark mit den Zuschreibungen aller Befragten an die AfD. So steht die AfD bei allen Befragten nur bei 44% für die «Interessen Deutschlands», bei 32% für eine «stärkere Bürgerbeteiligung»; immerhin bei 60% steht die AfD für die «Begrenzung der Zuwanderung» und die größte Übereinstimmung zwischen beiden Perspektiven gibt es mit 58% (bei 64% aller AfD-Anhänger) für die Ansicht, dass die AfD für die «Abschaffung des Euro» steht. Dass sich die Wahrnehmungen unterscheiden bzw. die AfD ein bestimmtes Segment des Alltagsbewusstseins anspricht, zeigte auch die Frage nach Vor- und Nachteilen des Euro: 32% aller Befragten sagten, dass der Euro für Deutschland mehr Vorteile bringe, aber nur 9% der AfD-Anhänger. Dass der Euro für Deutschland mehr Nachteile bringe, sagten 24% aller Befragten, aber 73% aller AfD-Anhänger. Notabene: Gefragt worden war nicht nach den persönlichen Vor- oder Nachteilen, sondern nach den Vor- und Nachteilen «... für Deutschland». Es scheint, als verbinde die AfD-Anhängerschaft eine hohe Bereitschaft, durch die «Deutschland-Brille» auf Gesellschaft und Politik zu schauen. «Mut zu Deutschland» könnte tatsächlich ein, ja das Alleinstellungsmerkmal der AfD sein.

Umfragen spiegeln oft eine vermutete, aber wohl falsche Homogenität der Anhängerschaft vor. Wahlkämpfe können ein Indiz dafür sein, welche Unterschiede es in den vermeintlichen Anliegen und vorgeblich verbindenden Weltansichten der AfD-Anhänger gibt. Dabei sind vor allem zwei Grundprägungen der Wahlkämpfe interessant.

In der Anti-Euro-Mobilisierung des Bundestagswahlkampfes stand die Verteidigung des durch erfolgreichen Wettbewerb erworbenen Wohlstandes im Mittelpunkt. Die Euro-Krisenpolitik wurde als Gefährdung der deutschen Wettbewerbsposition beschrieben, vor allem aber als Wohlstandsgefahr, die von einer «weichen» Währung ausgehe. Die AfD bezog damit eine ökonomisch marktradikal und politisch neoliberal bemäntelte Klassenposition: die Verteidigung der Zinsen aus Sparguthaben und Versicherungen gegen die Niedrigzinspolitik der EZB. «*Die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) hat in der Tat zu einer kräftigen Umverteilung innerhalb des Euroraums geführt. Wie aus dem jüngsten Weltvermögensbericht der Allianz hervorgeht, hat die Niedrigzinspolitik die Privathaushalte in Deutschland seit dem Jahr 2010 etwa 23 Milliarden Euro gekostet. Die Spanier wurden hingegen mit 54 Milliarden Euro entlastet, die Italiener um 39 Milliarden Euro, die Franzosen um 19 Milliarden Euro, die Portugiesen um 16 Milliarden Euro und die Griechen um 13 Milliarden Euro.*» (FAZ, 222, 24.09.2014, S. 23). Ähnlich wenige Wochen später Hans-Werner Sinn: «*Die Sparer verlieren sehr viel Geld. Deutschland ist absolut gesehen der größte Kapitalexpporteur der Welt und, nach China, das Land mit dem größten Netto-Auslandsvermögen. Wir sind Gläubiger der Welt und verlieren durch die niedrigen Zinsen. Es gibt zwar Sektoren in Deutschland wie der Staat, die profitieren. Aber per Saldo sind wir Nettogläubiger und haben durch die Niedrigzinsen einen großen Verlust. Nach meiner Berechnung sind den Deutschen seit 2008 etwa 300 Milliarden Euro entgangen im Vergleich zu den Zinsen, die Ende 2007, vor Ausbruch der Krise, zu erzielen waren. Pro Jahr beträgt der Verlust jetzt 60*

bis 79 Milliarden Euro.» (Gespräch mit Hans-Werner Sinn, Direktor des ifo-Instituts München, FAZ, 283, 5.12.2014, S. 23).

Der Wohlstandschauvinismus der AfD findet hier einen realen Bezug zur ökonomischen Wahrnehmung vieler «Sparer» aus der (oberen) Mittelschicht, hier gerade auch von Freiberuflern, Selbstständigen und Familienunternehmern, derjenigen, die auf vermeintlich risikolose Anlagen für die «Vorsorge» statt auf spekulativere Aktienanlagen für den schnellen Gewinn setzen. Der Standpunkt des risikoarmen Geldanlegers ist vielen kleinen «Sparern» vertraut. Er verbindet sich mit hartnäckigem Insistieren auf Durchsetzung bestimmter ökonomischer Ordnungsprinzipien (Verursacherprinzip, Verschuldungsgrenzen u.a.m.) in der EU. Der sinkende Garantiezins auf Lebensversicherungen hat hohen politischen Symbolwert: Die aktuelle Politik von EZB und EU bestraft, so erscheint es, verantwortungsbewusste private Vorsorge. «Riestern» erwies sich als wenig nützliche Strategie der Altersvorsorge. Die Bundesregierung, so die Schlussfolgerung, weicht die Stabilitäts-Kriterien auf und setzt deutsche Interessen in Brüssel nicht durch.

Eine zweite Grundströmung, die in den Wahlkämpfen 2014 neben der ökonomischen die öffentliche Wahrnehmung der AfD stärker prägte, ist diejenige eines Kulturkampfes, wie er nicht zuletzt von Thilo Sarrazins Thesen konturiert wurde. Die Verteidigung tradierter Lebensweisen, Familienbilder und Normen gegen eine auch mehr und mehr rechtlich geschützte Pluralität moderner Gesellschaften und «Überfremdung» (durch den Islam, durch Gendermainstreaming usw.) richtet sich nicht allein gegen Minderheiten, sondern bezieht ihre reaktionäre Wucht, ihren Zorn und ihre Wut aus der gefühlten eigenen Minderheitenposition. Kennzeichnend ist die Wahrnehmung, mit den eigenen Lebensentscheidungen (gegen Abtreibung, gegen Scheidung und für mehr als zwei Kinder, für Bibeltreue usw.) nicht mehr zur politisch umwobenen und umhегten Mehrheit in der Gesellschaft zu zählen, eine «Identität» verteidigen zu müssen, bald nicht mehr «Herr im eigenen Land» zu sein. Vieles, was an der AfD reaktionär ist, spießbürgerlich wirkt, war vor einer knappen Generation Linie der Union. Festgehalten wird diese gefühlte Lebenslage oft im Bild der «Sozialdemokratisierung der Union», festgemacht an den sozialstaatlichen Leistungen, die «die anderen» erhalten, ohne vorher etwas dafür «geleistet» zu haben. Hier, entlang der kulturellen Konfliktlinien, bestehen die Schnittmengen mit den selbsternannten Verteidigern des «christlichen Abendlandes». Vermutlich sind hier auch die Gemeinsamkeiten mit anderen rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen in Europa zu finden.

VORSCHLÄGE FÜR EINE PARLAMENTARISCHE STRATEGIE

Vor diesem Hintergrund sollte eine linke Strategie gegenüber der AfD zwischen der parlamentarischen und parteipolitischen Ebene einerseits und der gesellschaftlichen Ebene andererseits unterscheiden. In beiden Fällen gilt: AfD und Co. sind nicht das größte oder zentrale Problem der Linken. Viele ihrer Anhänger sind für Linke gar nicht erreichbar. Mehr noch und deshalb gilt: Der stärkste Beitrag gegen die rechtspopulistische Stimmungsmache ist die Unterstützung der zahlreichen «Willkommens»-Initiativen, deren Auftreten und mediale Resonanz ebenfalls eine wichtige Differenz zu den frühen 1990ern darstellt. Das größte Problem für die Linke besteht nicht im Umgang mit der AfD, sondern in der Entwicklung eigener attraktiver Vorschläge.

Auf der parlamentarischen Ebene geht es zunächst darum, den Spielraum der AfD im unmittelbaren politischen Feld kleinzuhalten: die Chancen auf Etablierung so gering wie möglich halten, Chancen für eine weitere Verbreiterung des Einflusses nicht zu bieten und nicht zuzulassen. Vor allem geht es um eine klare Abgrenzung gegenüber jedem «Volkismus», dessen Gehalt nicht demokratisch, sondern völkisch ist.

Das Agieren auf der parlamentarischen Ebene sollte eine «parlamentarische» Normalisierung der AfD nicht aktiv fördern. Es muss für die politische Kommunikation gelten: «So lange die AfD ihr Verhältnis zu Rechts-extremen, Flüchtlingen und den demokratischen Rechten von Transferbezieher_innen und Angehörigen von Minderheiten nicht zweifelsfrei im Sinne demokratischer Gleichheit geklärt hat, kann es eine Zusammenarbeit oder eine Unterstützung der Zusammenarbeit anderer Parteien mit der AfD nicht geben». Dieser Grundsatz kann auch den anderen Parteien, insbesondere der Union abverlangt werden. Sollte die AfD in der Sache gleichlautende Anträge wie Linke stellen, so kann man ihnen ohne die Klärung der grundsätzlichen Fragen auf keinen Fall zustimmen. Es gibt keine Gemeinsamkeiten mit einer Partei, die eine undemokratische, fremdenfeindliche Gesellschaft will.

Gleichzeitig sollte die AfD nicht wie die zu verbotende NPD oder wie deren vorweggenommene Nachfolgepartei behandelt werden, da diese Ausgrenzungsstrategie nur das Zusammenwachsen der Partei mit ihren Wählern fördern würde. Der Unterschied zwischen NPD und AfD ist evident. Die AfD kann man mit ihren rechtsextremen Mitgliedern politisch-medial «treiben», aber sie lässt sich nicht darauf reduzieren. Die Ablehnung der AfD bzw. ihrer Positionen ist immer in der Sache begründungspflichtig, bei einer rechtsextremen oder neofaschistischen Partei ergibt sich Ablehnung aus dem Wesen der Partei. So lange als möglich sollte die AfD mit ihren inneren Widersprüchen konfrontiert, Distanzierungen von undemokratischen Positionen eingefordert werden – immer mit dem Ziel, nicht mit den Parlamentarier der AfD, sondern über diesen Umweg mit dem Wählerpotenzial der AfD, aber vor allem auch mit denjenigen der anderen Parteien zu kommunizieren. Das wirksamste Mittel gegen eine Normalisierung der AfD wäre ein Strategie, die erfolgreich auf die Anhängerschaft der Union zielte: die Union müsste vermuten, bei einer Zusammenarbeit mit der AfD mehr nach links, vor allem an SPD und Grüne zu verlieren zu haben als sie rechts gewinnen kann.

Welchen Stellenwert hat eine Strategie gegen die AfD für Die Linke? Die parlamentarische Linke sollte die AfD nicht zu ihrem eigenen prioritären Problem machen. Die AfD ist parlamentarisch vor allem ein Problem der Union. Arbeitet die Union mit ihr zusammen, wie schnell bedient sie sich ihrer aus machtpolitischen Erwägungen? Der Union eine Zusammenarbeit mit der AfD in der liberal-demokratischen Öffentlichkeit so schwer wie möglich zu machen, könnte ein Ziel linker Strategie sein. Es kann kein Ziel linker Strategie sein, der Union die Zusammenarbeit mit der AfD durchgehen zu lassen, etwa mit der Überlegung, dass ein Koalieren von Union und AfD die Rekonstruktion eines «linken Lagers» erleichtern könnte. Politischer Hazard ist keine linke Strategie.

Nach der Wahl von Bodo Ramelow zum ersten linken Ministerpräsidenten in einer Koalition links von der Union kommt «Thüringen» zentrale Bedeutung zu. Thüringen steht bis auf weiteres für die mögliche Restauration eines «linken Lagers», die wiederum die Überwindung der Spaltung im bürgerlichen Lager beschleunigen könnte. Gegen Ramelow hätte, hieß es in einigen überregionalen Medien bereits, «das konservative Lager» gestimmt. Der Druck in der Union, die Hürden für eine Zusammenarbeit mit der AfD zu senken, wird wachsen. «Thüringen» stellt die Union vor die Wahl: Erfolge der AfD führen nicht notwendig zu schwarz-roten und schwarz-grünen Mehrheiten, weil SPD und Grüne nicht länger ausschließen, «Juni- orpartner der SED-Nachfolge-Partei» zu sein. Wenn die AfD also nicht indirekt der CDU zur Macht verhilft, warum dann nicht den direkten Weg nehmen?

Die AfD seitens der Union als Koalitionspartner zu erwägen, dass wäre eine mögliche politische Rechtsverschiebung. Eine andere Art der Rechtsverschiebung wäre das Rückholen der Wähler nach dem «Modell 1992»: Der Partei «Die Republikaner» wurde 1992 mit dem «Großen Asylkompromiss» der parlamentarische Exodus vorbereitet. Offensichtlich favorisiert die CSU diesen Weg.

Ob die AfD sich im Parteiensystem etablieren kann, hängt vor allem von der AfD selbst und von der Strategie der Union gegenüber der AfD ab, nur zuletzt von der Strategie der Linken gegenüber der AfD. Für Die Linke kann es vor allem darum gehen, erstens eine weitere Abwanderung aus dem eigenen Wählerpotenzial zu verhindern, zweitens eine (macht-)politische Alternative zu einer bürgerlich-rechtspopulistischen Koalitionsmehrheit möglich erscheinen zu lassen und drittens von der gesellschaftlichen Dynamik der Brüche, die dem Rechtspopulismus in die Karten spielen, nicht zerrissen zu werden.

Grundsätzlich sollte eine Zusammenarbeit mit anderen parlamentarischen Parteien im Verhalten gegenüber der AfD angestrebt werden. Auch hier käme es darauf an, zwischen wirtschaftsliberalen Positionen in der AfD, die zum üblichen demokratischen Spektrum zählen, und kulturkämpferischen Positionen, die sich gegen grundgesetzlich vereinbarte Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens in dieser «abendländischen» Demokratie richten, zu differenzieren. Die unabänderlichen Artikel des Grundgesetzes setzen die gleiche Würde aller Menschen, nicht nur der Deutschen (Menschenrechte), die Religionsfreiheit, die Gleichstellung usw. In ihrer offensiven Verteidigung (was etwas anderes ist als ihre ritualisierte Beschwörung), etwa in der konkreten Gestaltung des demokratischen Umgangs mit Flüchtlingen in den Kommunen, wäre die Differenz praktisch zu machen.

ANNAHMEN ÜBER GESELLSCHAFTSPOLITISCHE BRÜCHE UND DYNAMIKEN, DIE DER AfD IN DIE KARTEN SPIELEN UND IHREN ERFOLG FESTIGEN KÖNNTEN

Verschuldet eine Partei nicht selbst ihren Niedergang (etwa Modell Piratenpartei) oder wird sie im Parteienwettbewerb nicht nachhaltig geschrumpft (etwa Modell Grüne 2012/13), so könnte sie daran scheitern, dass sich ihr Gründungsthema erledigt hat, dass die gesellschaftlichen Konfliktlinien, an denen sie ansetzte, abschwellen und keine politische Entscheidungen prägende Kraft mehr besitzen. Letzteres ist im Fall der AfD nicht zu erwarten. Externe Bedingungen für eine Etablierung der AfD sind und bleiben voraussichtlich vorhanden:

1. Die Eurokrise ist nicht vorbei. Eine dominante kapitalistische Strategie, wie ein neuer Akkumulationszyklus in Gang kommen und die dafür zuvor erforderliche (Kredit-)Kapitalvernichtung verlaufen könnte, ist nicht vorhanden und nicht absehbar. Vielmehr ist davon auszugehen, dass eine experimentelle und umkämpfte Phase noch länger andauern und eine Rückkehr der Krise jederzeit möglich bleiben wird. Gegenwärtig spitzt sich die Niedrigzinspolitik der EZB zu und spielt der AfD-Position in die Hände. Sollte es zu einer akuten (währungspolitischen) Krisen-Verschärfung kommen, steht die AfD als Auffangbecken von Protest und Opposition aus der Mitte der Gesellschaft bereit. Eine Krisenverschärfung würde voraussichtlich die rechten Kräfte stärken, jedenfalls scheint alles dafür vorbereitet.
2. Jenseits der Euro-Krise bleibt das Verhältnis von EU und Nationalstaaten (und Regionen!) virulent. Die Frage europäischer Institutionen, ihrer demokratischen Verfasstheit und ihres Verhältnisses zu nationalstaatlicher Souveränität bleibt auf der Tagesordnung. Die Frage, wozu Nationalstaaten in Zeiten supranationaler ökonomischer Integration und transnational agierender Konzerne noch benötigt werden, bleibt eine hochbrisante Frage. Die Antwort der AfD lautet: Nationalstaaten sind und sollen bleiben souveräne Akteure im Leistungswettbewerb der Volkswirtschaften (Stichwort «Wettbewerbspopulismus»). Nach innen begründet sie dies insbesondere mit dem Erhalt des nationalen Sozialstaates einschließlich seiner kapitalisierten Abteilungen und der garantierten Sicherheiten. Insofern ist die AfD eine Frucht des Integrationsmodus der EU bzw. der Eurozone: der Modus der «spaltenden Integration» bringt «sozialen Nationalismus» (Steffen Lehndorff) hervor. Dieser ist in allen Parteien, auch auf der Linken, anzutreffen, zurzeit aber nur bei der AfD dominant und prägend. Diskurspolitisch setzt er das Verhältnis zwischen den Nationalstaaten populistisch als Leistungswettbewerb: Staatsschulden-Krisen seien Resultat minderer Leistung in den südeuropäischen Krisenstaaten usw. usf. Die EU dürfe nicht zur «Solidargemeinschaft» werden, die «Einwanderung in unseren (deutschen) Sozialstaat» («Wir sind nicht das Weltsozialamt») müsse gestoppt werden. Das sind die aktuell populären Ausformungen der Verteidigung des deutschen Sozialstaates bzw. Wohlstandes.
3. Im Zusammenhang mit den globalen Neuordnungskämpfen und sich verschärfenden Ressourcenkonflikten wird die globale (Flüchtlings-)Migration anhalten und Thema bleiben. Hinzu kommt eine anhaltende innereuropäische Migration nicht zuletzt aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit südlich der alpinen Schneegrenze. Es spricht also viel dafür, dass auch das Thema Migration, im AfD-Sprech: «Einwanderung in den Sozialstaat», weiter zu ihrer Verfügung stehen wird.
4. Schließlich wird auch die Quelle des Kulturkampfes, den die AfD aufnimmt, nicht versiegen. Die (eingebildete) Bedrohung christlicher, zunehmend fundamental verstandener Werte durch Islamismus, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und «Multikulti» bleibt als Movens erhalten, ebenso – siehe oben – das Thema der «Sozialleistungen ohne Gegenleistung», also die Bedrohung, von den Transferbeziehenden – einer steigenden «Last» von Grundsicherung-Rentnern, Arbeitslosen, vermeintlichen Armutsmigranten usw. – «ausgebeutet», d.h. um den «gerechten Anteil» an den Früchten der eigenen Leistung gebracht zu werden, weil die anderen Parteien zwecks Stimmenfang immer neue sozialstaatliche Versprechen machen würden. Aufgerufen ist damit auch die Frage nach den Grenzen der Solidargemeinschaft, mit wem auf welcher Grundlage Solidarität geboten ist.

Wenn es denn zutrifft, dass a) es sich hierbei um die Konfliktlinien handelt, entlang denen die AfD bisher reüssiert hat, und b) diese Brüche und Konfliktlinien nicht schnell verschwinden oder entscheidend an Bedeutung verlieren werden, so hätte die AfD durchaus Aussichten, sich mittel- und langfristig im Parteien-

wettbewerb zu etablieren – wenn es ihr gelingt, sich dieser populistischen Bewegungsdynamik anzupassen und als ihr parlamentarischer Arm angesehen zu werden. Es ist nicht die AfD, die diese Bewegung hervorgerufen hat; und die Bewegung deckt sich nicht mit allen gesellschaftspolitischen Grundströmungen, die in der AfD zusammengefounden haben.

Eine linke Antwort-Strategie im gesellschaftlichen Feld, wo es dann vor allem auch um Interpretationen, Deutungen, Richtungen und Werte, um alternative Wege geht, muss andere «Erzählungen», Deutungen anziehend machen können.

DAS «PEGIDA-SYNDROM»

Das Auftreten der «Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des (christlichen) Abendlandes» (Pegida) in Dresden taugt eher als Kennzeichnung für die außerparlamentarische rechte Bewegung als dasjenige der Hooligans (und Nazis) gegen Salafisten (Hogesa) in Köln. «Hooligans» und «Salafisten» sind halbwegs konkrete Ansprachen mit Namen und Anschrift; «patriotische Europäer», «Islamisierung» und «christliches Abendland» sind hinreichend diffuse Ansprachen, um unterschiedlichsten Stimmungslagen und Einstellungen eine Projektionsfläche zu bieten.

«Hogesa» liefert vertraute Bilder (Kleidung, Alter, Auftreten), die in die erlernten politischen Wahrnehmungsmuster passen: Leute vom «rechten Rand», aus der politischen «Schmuddelecke», das sind «keine von uns». Die Bilder von den «Pegida»-Aufzügen verstören, weil sie vertraute Wahrnehmungsmuster sprengen. Da sind Nachbarn, Mitglieder des Kleingartenvereins, eben die berühmten «ganz normalen Bürger aus der Mitte der Gesellschaft» dabei. Tatsächlich mischen sich hier rechte Szene und normales (Klein-)Bürgertum, was, denkt man an Rostock-Lichtenhagen, für die jüngere deutsche Geschichte nicht neu ist. Neu ist die Dynamik, wie sie sich zumindest in Dresden zeigt. Diese Dynamik und die offensichtliche soziale Heterogenität in der Zusammensetzung der Demonstranten führten vielfach zu der Reaktion, dass die Proteste «aus der Mitte der Gesellschaft» kämen und man auf die «Angstbürger» (Der Spiegel) «zugehen» müsse statt sie zu ignorieren (Gauck) oder in die rechte Ecke zu stellen (so in der Konsequenz Merkel in ihrer Neujahrsansprache).

Tatsächlich trägt «Pegida» einen beliebten deutschen Mythos zu Grabe, nämlich den Mythos von der «Mitte», sei es der «sozialen», sei es der «politischen» Mitte. «Die Mitte» schuf den rechten und den linken, den armen und den reichen «Rand» als abgrenzende Minoritäten, man gehörte zur «Mitte» und damit Mehrheit, weil man zu denen nicht gehörte. Tatsächlich gab es so etwas wie «die Mitte» als homogenes politische oder soziale Phänomen nie. Die Mehrheit war immer heterogen, lebte in oftmals getrennten Milieus und politischen und sozialen Alltagswelten. «Die Mitte» zeigt sich spätestens jetzt als das, was sie immer war: als ideologische Nebelkerze. Noch die soziologische oder politische Rede von der «bedrohten Mitte», von den «sozialen Abstiegsängsten in der Mitte der Gesellschaft» war deren Teil. Selbstkritisch hinzuzufügen ist: Noch das Setzen auf «Mitte-unten»- oder «Unten-Mitte-Bündnisse» im politischen Sprechen, wie es auch der Autor tat, verstellte den Blick auf die heterogene soziale und politische Zusammensetzung sowohl in «Unten» als auch in «Mitte». Schaut man die Bilder aus Dresden, hört die Interviews etwa auf «Panorama.de», liest man die unterschiedlichsten Berichte, so entsteht das Bild von einem spezifischen «Mitte-unten-Bündnis», welches in die Öffentlichkeit tritt: in der Tendenz völkisch-autoritär, nicht emanzipatorisch-transnational. Seit Dezember 2014 wird die linke Anrufung solcher «Bündnisse» um ein paar klärende Adjektive nicht herum kommen.

EINE ABSCHWEIFUNG: WIE BEDROHT IST «DIE DEMOKRATIE» - UND WO?

Die AfD ist keine Bedrohung für «die Demokratie», sofern Demokratie als Staats- und Gesellschaftsordnung verstanden wird. Die AfD will Wahlen nicht abschaffen, wohl aber die Legitimation und Macht der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie durch mehr direkte Demokratie, also Rechte für Bürgerbegehren und Volksentscheide, einschränken. Die demokratische Republik mit der Konzentration der Macht in der Volksvertretung ist die Busenfreundin der AfD nicht, zumindest dann nicht, wenn die Ergebnisse den (vermeintlichen) Interessen der «Leistungselite», wahlweise auch der «schweigenden Mehrheit» zuwider laufen.

Davon geht keine wirkliche Bedrohung für die Existenz «der Demokratie» aus. Bedroht ist die Demokratie jedoch, wenn man unter Demokratie nicht (nur) die Staatsform begreift, sondern darunter auch und vor allem die Form des Zusammenlebens in der Gesellschaft zählt, «Demokratie als Lebensform» (Oskar Negt) und den demokratischen Alltag und «demokratische öffentliche Räume» im Auge hat - als die Basis jeder demokratischen Staatsordnung. «Pegida» ist die bisher größte und ernsthafteste Gefahr für die so verstandenen demokratischen Verhältnisse in der Berliner Republik. Manche Reaktionen auf die «Pegida»-Bewegung zählen dazu.

Es stimmt, dass nichts gewonnen ist, wenn man rasch Etiketten wie «Rassismus», «Nazis», «Fremdenfeindlichkeit» und andere mehr verteilt werden. Diese Etikettierung dient allein der Selbstvergewisserung wie noch die Deutung, die «Pegida»-Bewegten seien von «sozialen Abstiegsängsten» oder «Überfremdungsängsten» getrieben. Es handelt sich auch hier um Deutungen, die Unbekanntes auf ein vermeintlich bekanntes Terrain zurückholen. Liest und hört man die Äußerungen von «Pegida»-Demonstranten in den letzten Wochen, so ist dort von Ängsten für eigenem sozialen Abstieg eigentlich nichts zu finden. Auch Sigmar Gabriel will in Dresden «eben auch viele (erkannt haben - HK), die verunsichert sind und mitlaufen, weil sie sich mit ihren diffusen Ängsten vor einer Überfremdung nicht ernst genommen fühlen von der Politik. Auf diese Menschen müssen wir zugehen, ohne Klarheit in der Auseinandersetzung fehlen zu lassen.» (BILD, 17.12.2014) Politische Klarheit in der Auseinandersetzung verlangte als erstes Klarheit darüber, worauf man zugehen will. Worüber verunsichert? Was fehlt? Wie will Gabriel «diffuse Ängste» «ernst nehmen»? Was von Gabriels Rede bleibt ist der Hinweis an die Demonstranten und alle anderen, dass jegliche Angst und Sorge irgendwie ihre Berechtigung hat. Indes: Ängste sind ein Fall für den Therapeuten, Politik hätte andere Aufgaben.

«Wir sind das Volk!» - Nein, genau das seid ihr nicht. Das Volk in einer Demokratie ist nicht homogen, sondern bunt und vielfältig. Die abweichende Meinung, die abweichende Religion oder die abweichende Einstellung gehören zum Volk in der Demokratie. Deshalb gibt es in der Demokratie auch nie «Lösungen», sondern immer nur mehr oder weniger haltbare Kompromisse. «(Christliches) Abendland?» - ist nicht die Grundlage des Zusammenlebens in unserer demokratischen Gesellschaft. Das sind die Menschenrechte und die Staatsbürgerrechte und -pflichten. Vor dem Gesetz sind alle gleich - unabhängig von Geburt, Geschlecht, Einkommen, Kultur und Religion. Die Religion ist Grundlage des demokratischen Zusammenlebens nicht. Aber die «ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet». Der Bau einer Moschee gehört zur Religionsfreiheit und ist kein Ergebnis staatlich geduldeter «Islamisierung». Der Zusammenschluss im «Wir sind das Volk» hat hier und heute nichts Demokratisches. Er ist gerade anti-demokratisch, in dem er sich der politischen Auseinandersetzung entzieht und ausgrenzt: «Und ihr seid es nicht» schwingt für alle Andersdenkenden, Anderslebenden und Nicht-Völkischen immer mit.

«Wir sind das Volk!» - Nein, 2014 ist nicht 1989. Angela Merkel ist nicht Erich Honecker und der Bundestag, trotz aller Langeweile, keine Volkskammer. Das geschlossene, hermetische Weltbild findet sich dieses Mal auf der Seite dieses «Volkes», das sich gegenüber unpassenden Tatsachen und Zusammenhängen durch das vorgebliche Wissen über «die Medien», den «Staatsrundfunk» oder die «gleichgeschaltete Lügenpresse» immunisiert, weil sie deren, unsere «Lügen» im Gegensatz zu nichtwissenden Anderen durchschauen. Daraus entstehen fundamentale Politik-Verweigerung, «Putin hilf uns»-Rufe, die Verächtlichmachung des argumentativen Stils, der Triumph des Ressentiments über die politische Auseinandersetzung. Politik, die sich selbst ernst nimmt, hätte hier a priori ein paar grundlegende Klarstellungen zu machen, bevor sie anfängt, vermeintlichen Sorgen und Ängsten, die sich nicht konkretisieren lassen wollen, hinterherzulaufen – und gleichzeitig und nur zum Beispiel lokalen Initiativen zur Unterstützung von Flüchtlingen wie im Berliner Allende-Viertel durch bürokratische Planungsentscheidungen eines zuständigen Senatsmitglieds (Mario Czaja) über Standorte für Container-Dörfer den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Die «Pegida»-Bewegten seien kein Randphänomen, sie kämen vielmehr aus der «Mitte der Gesellschaft». Es soll wohl ausgedrückt werden, dass es sich nicht (nur) um die üblichen paar Tausend Nazis handelt, sondern um «ganz normale Menschen», die anders als jene nicht vom «Rand», «aus unserer Mitte» stammen – und deshalb für die gleichen Diffamierungen mehr Nachsicht erwarten dürfen? Tatsächlich steht «Mitte» aber für das, was nicht unterschieden werden soll oder will, für die Einebnung von Unterschieden (siehe oben). Wer mit «Pegida» geht, will gerade nicht mehr diese «Mitte» sein, tritt aus dem Schatten er von ihr ausgehenden «Gleichschaltung» heraus. Er oder sie radikalisiert sich. Interessanterweise spielen die «19 Punkte», die von den «Pegida»-Machern präsentiert wurden und von denen die AfD in Gestalt von

Bernd Lucke die meisten glaubt unterschreiben zu können, auf den montäglichen Versammlungen keine Rolle und werden in den Internet-Foren auch eher als «zu weichgespült» abgelehnt.

Die «Pegida-Bewegung» ernst nehmen, heißt zweierlei: erstens zu unterstellen, dass sie wissen, was sie tun und wollen, was sie sagen; und zweitens die eigenen politischen Maßstäbe nicht über Bord zu werfen. Auf dieser Grundlage kann gemeinsames Auftreten und Handeln demokratischer Kräfte und Parteien stattfinden.

POLITISCHE SCHWARZMARKTPHANTASIEN – DREI ERKLÄRUNGS-ANSÄTZE

Klarstellungen dieser Art scheinen geboten, bevor man sich in Erklärungen versucht. Erklären und verstehen heißt nicht, Verständnis aufzubringen, sondern ist unerlässlicher Bestandteil erfolgreicher Antworten. Meine These ist, dass «Pegida» zu diesem Zeitpunkt eher zufällig am Thema «Islamisierung» erfolgreich war⁴ und dass es bei ähnlichen Gelegenheitsstrukturen auch an einem der anderen Konfliktlinien, an denen die AfD ansetzte (siehe oben: Euro/Geldpolitik, (EU-)Institutionen und Nationalstaaten, Flüchtlinge/Migration und Globalität, Kulturkampf gegen «68er») in einer anderen Stadt der Fall sein könnte. Die Konfliktlinien der AfD sind Konfliktlinien, an denen außerparlamentarische Aktivitäten freigesetzt werden und Bewegungen entstehen können, in denen bisher vom politischen Betrieb unbemerkte oder beschwiegene Veränderungen im gesellschaftlichen, im Alltagsbewusstsein die Mauern zum politischen Feld durchbrechen. Hierüber sind weitergehende Reflektionen (Offenlegung von Sichtweisen und Annahmen) sinnvoll.

Einige spekulative Erklärungen dazu, warum die rechtspopulistischen Interpretationen an den bezeichneten Konfliktlinien erfolgreich sein können, will ich im Folgenden vorstellen. Sie beziehen sich a) auf den Kontroll- und Vertrauensverlust in sozialen Lebenswelten (Negt), b) auf die Herausbildung neuer Klassenlinien und cleavages entlang von Bildung soziokulturellem Kapital (Cuperus) und c) auf die Zerstörung von Gesellschaftlichkeit in Folge neoliberaler Ideologie und Politik (Lindemann). Alle drei Erklärungen stehen nicht notwendig in einem Widerspruch zu einander. Auch könnte man ihnen Gemeinsamkeiten hinsichtlich von Formveränderungen im Alltagsbewusstsein unterstellen, etwa diese:

Zwei offenbar wachsende Bestandteile des gesellschaftlichen Alltagsbewusstseins kommen zusammen, die Form des katastrophischen (Alltags-)Bewusstseins und die Form des vereinfachenden, fundamentalisierenden (Alltags-)Bewusstseins. Euro-Krise, Banken-Krise, die demografische Entwicklung Deutschlands, Kriege, Unruhen, Seuchen, Flüchtlinge – all das sind Elemente einer «Angst vor der großen Katastrophe», der mit einfachen, unerschütterlichen Gewissheiten begegnet wird. Oft hört man: «Das kann nicht gut gehen»: mit dem Euro, mit dem Kapitalismus, mit dem Klima, mit der Zuwanderung, mit der Ungleichheit – dieses katastrophische Bewusstsein scheint sich auszubreiten und steht rechten, populistischen Anrufungen zur Verfügung. Es speist sich weniger aus (realen) sozialen Abstiegsängsten als vielmehr aus der Interpretation der Lage des Landes: Deutschland als «bedrohtes Paradies» (Rheingold-Institut), welches der kollektiven politischen, sozialen und kulturellen Verteidigung(sbereitschaft) bedarf, die von der politischen Elite aber nicht aufgebracht wird. Gleichzeitig nehmen die Handlungs«empfehlungen» zu, wie ein richtiges, gutes Leben auszusehen hat und zu führen ist, durch das auch die eine oder andere bevorstehende Katastrophe noch abzuwenden sei (von der Kinderzahl über die verschiedenen Seiten der Familien- und Lebensführung bis hin zur Rechtgläubigkeit). Meist handelt es sich um einfache Anweisungen, die um so fundamentaler und absoluter vorgebracht werden. Auf der Strecke zu bleiben droht, was das demokratisch strukturierte und geführte gesellschaftliche Alltagsleben ausmacht: Vielfalt, Komplexität, Wechselwirkung, Respekt, Gleichheit und Gleichwertigkeit. Oder gemünzt auf den eingangs angesprochenen globalen Zusammenhang: *«Die Welt sucht nach Gewissheiten. Denn das Globale ist für viele offenbar kein Versprechen mehr, sondern Bedrohung und Quelle unkalkulierbarer Risiken von Ebola über TTIP und Zuwanderung bis hin zu einem gnadenlosen globalen Wettbewerb. In dem Maße wie technologischer Fortschritt Grenzen durchlässig macht und die Geografie überwindet, wächst das Bedürfnis nach Sicherheit und klar greifbarer Identität.»* (Bröning 2015, 2).

⁴ Die These impliziert die Annahme, dass die religiöse Schiene «christliches Abendland» vs. «Islam» vor allem propagandistisch angelegt ist, als bewusstes Anknüpfen an das kollektive historische Gedächtnis (Kreuzzüge, Türken vor Wien), aber noch kein substantielles Element der Bewegung darstellt.

Oskar Negt, dessen Thema die politische (Aus-) Bildung von und für Demokraten und Demokratinnen ist, spricht von *«politischen Schwarzmarktpphantasien»*, wenn sich *«unterhalb der Institutionen etwas aus(breitet), Gefühle der Mutlosigkeit, Fluchtbedürfnisse, Frustrationen, Lebensangst, die gar nicht mehr Ausdruck in diesen Einrichtungen suchen»*. Die Gefährdung der Demokratie entstehe durch die Bedrohung und Zerstörung *«lebensnotwendiger Zwischenebenen»* im Spannungsfeld von zunehmender Globalisierung und wachsender Individualisierung. Negt meint damit *«lebensfähige Einheiten», «überschaubare Gebilde, in denen die Menschen sich in dem, was sie denken und tun, wiedererkennen, in denen sie sich in ihrer persönlichen und gegenständlichen Umwelt bejaht und bestätigt finden. Das können Nachbarschaften sein, gewerkschaftliche Kommunikationszentren, öffentliche Plätze, wo junge Menschen sich treffen. Wo solche lebhaften Einheiten (Organisationen, Institutionen) verschwinden, verlieren Menschen ihr Interesse am Gemeinwesen.»* Viele Institutionen wie Familie, Partnerschaft seien zu klein für gesellschaftliche und politische Bewusstwerdungsprozesse, viele andere *«sind zu groß, zu weit entfernt»*, wie Europa, das zudem noch keine wirkliche politische Identität gewonnen habe (Negt 2010: 172f).

Folgt man dieser These, dass die *«gestörte Balance zwischen Nähe und Distanz»* die Quelle sowohl von Entpolitisierung (Rückzug) wie (rechts-) populistischer Mobilisierung sein kann und ist, dann wäre die gesellschaftliche Tiefenströmung, auf die sich die AfD bezieht, als unbefriedigtes Bedürfnis nach *«Vertrautheit und Nähe der konkreten Lebensverhältnisse»*, als der Wille von Menschen, *«sich gegen die Enteignung der eigenen Lebenswelt zur Wehr zu setzen»* oder, positiv gewendet, eine konkrete Lebenswelt, Nahwelt herzustellen, *«in der sie sich wohlfühlen, weil es ihre Welt ist»*. Die Bedrohung kann in als lebensfremd wahrgenommenen Entscheidungen *«der Politik»* bestehen, in Zuzug und Zuwanderung, Pluralität wie in abstrakt bleibenden Bedrohungen (Inflationsangst, Krisenangst). Darin liegt zudem eine Ambivalenz vieler manifesten wie latenten Konflikte: Wer gegen Gentrifizierung oder einen neuen Bahnhofsbau protestiert, kann (!) zunächst vom gleichen Motiv angetrieben werden wie derjenige, der gegen ein Flüchtlingswohnheim oder eine Moschee auf die Straße geht: der Abwehr der Zerstörung von eigener Lebenswelt. Demokratische Politik hätte dieses Motiv aufzunehmen und von Anfang an von seinen potentiellen un- und antidemokratischen Verlaufsformen zu trennen, die demokratischen Prinzipien zu stärken. Um beim Berliner Beispiel zu bleiben: Selbstverständlich ist die Aufstellung eines Containerdorfes für Flüchtlinge ein Einbruch in die soziale Nahwelt, der viel verändert. Deshalb ist es politisch unverantwortlich, die Bewohner vor vollendete Tatsachen zu stellen wie es Sozialsenator Czaja in Berlin tat und gleichzeitig über Jahre hinweg den Aufbau absehbar benötigter Erstunterbringungskapazitäten zu unterlassen. Die Pflicht, Flüchtlinge unterzubringen, lässt sich demokratisch gestalten, wenn die Entscheidung über Ort und Art der Unterbringung auch dort liegt, wo sie erfüllt werden muss.

Es ist ja nicht so, dass den Anhängern anderer Parteien bestimmte Ansichten und Wahrnehmungen gesellschaftlicher Ereignisse der AfD per se fremd wären. Sie werden erst zu fremden und gegnerischen Auffassungen, wenn die Lösungswege und -vorschläge hinsichtlich ihrer Konsequenzen für das demokratische Gemeinwesen, auf ihre Wert- und Ordnungsvorstellungen befragt werden, wenn sie hinsichtlich ihrer Bedeutung für die eigene Lebenswelt in Relation zu anderen gesetzt werden. Unsicherheit gegenüber Fremden etwa lässt sich bannen durch Abwehr(-bereitschaft), aber auch durch Offenheit und Kooperationsbereitschaft, Solidarität, Gestaltung. Es ist daher falsch, nur den AfD- oder Pegida-Anhängern *«diffuse Ängste»* zuzugestehen. Sie wollen mit ihnen nur einen anderen, respektlosen und verächtlichen *«Umgang pflegen»*.

Einen entschiedenen Kampf gegen die Zerstörung der eigenen Lebenswelt zu führen, sei im Interesse der Befestigung der demokratischen Grundstrukturen unserer Gesellschaft notwendig, schreibt Negt weiter. Denn: *«Die gegenständliche Realität, die die Menschen umgibt und in der sie sich aufgehoben finden, ist und bleibt das stärkste Motiv ihres Widerstandes gegen die kapitalistischen Mechanismen der Integration ihres Bewusstseins und Verhaltens in die bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Politische Kultur, ohne die es langfristig einen Kampf um die Durchsetzung kollektiver Rechte nicht geben kann, gründet sich darauf, dass Vernunft und Gefühl, Verstand und Sinne in ihrem praktischen Zusammenhang anerkannt und für die Menschen in ihrem Alltag gegenständliche Betätigungen gefunden werden.»* (Negt 2010, S. 357) Wenn dies zutrifft, dass der Kampf um die Kontrolle über die eigenen Lebensverhältnisse und für Selbstbestimmung die Quelle widerständigen Handelns ist, dann ist es für Linke um so dringlicher, eine klare Trennungslinie zwischen einer demokratischen und einer undemokratischen Alltagskultur zu ziehen – und sich der politischen demokratischen Alltagskultur zuzuwenden.

In einer Strategie des gesellschaftspolitischen Umgangs mit der AfD und vor allem ihren Anhängern bzw. generell den populistischen Potentialen wäre dann genau dieses Spannungsverhältnis zu berücksichtigen. Wenn zum Beispiel die AfD in ostdeutschen Regionen mit Kriminalitätsfurcht punkten konnte, dann ist dem nicht mit Statistiken zu begegnen, etwa solchen, nach denen es gar keinen Anstieg der Kriminalität gegeben habe, sondern das bedrohte Sicherheitsgefühl als Hinweis auf eine viel allgemeinere («gefühlte») Bedrohung der Alltagswelt zu verstehen. Eine Politik der demokratischen (öffentlichen, gemeinschaftlichen) Sicherheiten wäre eine nötige linke Antwort auf gefühlte Bedrohung. Die Konfliktlinie verlief dann nicht zwischen mehr oder weniger Polizei usw., sondern zwischen undemokratischen und repressiven Antworten und demokratischen und präventiven Antworten auf das Gefühl der Unsicherheit, was dann immer auch eine praktische Auseinandersetzung um Demokratie als Lebensform, Herstellung von Vertrautheit, Kontrolle und Autonomie über die eigenen Lebensbedingungen und -verhältnisse ist. Genau an dieser Stelle wendet die AfD die Ausgangs-Motive ins Undemokratische und Elitäre/Ungleichwertige. Umgekehrt, könnte man formulieren, versteht die politische und gesellschaftliche Linke vielleicht zu wenig, dass hinter der aktuellen «Willkommens-Bewegung» auch die Botschaft steckt, dass eine Position des «Grenzen auf» und «Bleiberecht für alle» nicht ausreicht, sondern das es darauf ankommt, zu sagen, wie das konkret gehen kann und soll. Nicht nur sagen, was sein soll, sondern auch, wie es gehen kann.

Ein zweiter Erklärungsstrang setzt an der These von der wachsenden Bedeutung von Bildung in der «Wissensgesellschaft» an und fragt zunächst: Inwieweit deckt sich der bundesdeutsche Rechtspopulismus mit dem in anderen west- und nordeuropäischen Staaten? Der europäische Populismus wird oftmals als ein *«Phänomen der breiten unteren Mitte»* aufgefasst, die *«sich gegen die Einstellungen und den internationalistischen Kurs einer als abgehobenen wahrgenommenen Elite»* wehre; die *«gut Ausgebildeten und die weniger gut Gebildeten»* lebten zunehmend in getrennten Welten. *«Vor allem Akademiker tendieren dazu, sich in ihren eigenen Kreisen abzuriegeln. Aus diesem Biotop schauen sie auf die weniger Gebildeten herab. Sie verachten deren Humor, deren Geschmack und deren politische Überzeugungen. (...) Die Akademiker und die weniger Gebildeten unterscheiden sich vor allem in ihren Einstellungen zu so genannten Globalisierungsfragen: zur Frage der offenen Grenzen, der Einwanderung und zum europäischen Integrationsprozess. Bei diesen Themen stehen sich beide soziokulturellen Gruppen diametral gegenüber. Die besser Gebildeten sind kosmopolitischer und universalistischer, während die weniger Gebildeten tendenziell nationalistischere und partikularistischere Auffassungen vertreten. In unserer sich ständig wandelnden Welt verfügt die erste Gruppe über weit mehr politisches Vertrauen und finanzielles sowie kulturelles Kapital als die zweite Gruppe. (...) Die Geschichte des Populismus ist eher eine Geschichte der Angst, der Ressentiments und des Zorns als eine Geschichte des sozioökonomischen Verlusts. Es ist ein Ringen um Identität, soziale Anerkennung und Status. (...) Heute beschuldigt die Elite die weniger gebildeten Menschen, mit dem Wandel nicht zurechtzukommen und nicht ausreichend auf die globale Wissensgesellschaft vorbereitet zu sein. (...) Der Populismus ist keine Bewegung der Armen, sondern eine Bewegung der unteren Mittelschicht in wohlhabenden Gesellschaften. Insofern ist der Populismus der Kampf um ein verlorenes Paradies. (...) Provozierend kann man sagen: Die wirkliche Avantgarde sind heute die weniger Gebildeten, indem sie auf die Schattenseiten der Globalisierung hinweisen und die ungerechte und ungleiche Lastenverteilung der Globalisierung auf die politische Agenda setzen.»* (Cuperus 2014, 71f.) Man kann darüber streiten, ob man mit dem Politikwissenschaftler Hanspeter Kriesi die Faktoren Bildung und soziokulturelles Kapital zu einem neuen «cleavage» erklären sollte. Gleichwohl legt die Sicht von Cuperus den Blick auf die vermeintliche Mitte frei: sie existiert nicht, an ihrer Stelle existieren vertikale und horizontale Klassenbildungsprozesse, auch als Anpassungen älterer, volkstümlicher Traditionslinien an neue Gegebenheiten. Eine Linke wird in den Gemeinsamkeiten mit anderen Kräften bei der Verteidigung elementarer demokratischer Grundsätze nicht so weit gehen können, mit den «gebildeten Eliten» gemeinsame Sache gegen die weniger Gebildeten zu machen. Sind es doch eben diese Eliten, die daran gescheitert sind, die Globalisierung vernünftig zu steuern. Vernünftige Steuerung würde immer auch bedeuten, nachvollziehbare Grenzen der Solidargemeinschaft erkennbar zu machen, damit Solidarität nicht der Boden entzogen wird. Der Rekurs auf den Nationalstaat wäre dann nicht nur eine Verteidigung des nationalen Sozialstaats gegen die Globalisierung, sondern auch das Verlangen nach klaren Regeln der Solidarität innerhalb einer sich integrierenden europäischen Staatengemeinschaft mit einer zusammenwachsenden Volkswirtschaft.

Ein dritter Erklärungsansatz geht davon aus, dass sich die ausbeuterische Politik des Kapitals, der eigentliche Klassenantagonismus auf die internationale Ebene verschoben bzw. transnationalisiert habe und der Nationalstaat den Charakter einer «rent seeking society» bekomme. Er geht zurück auf Adorno und Horkheimer und ihre Begrifflichkeit des Racket, der Bande oder Clique. Der Racketeer ist umgangssprachlich

der Schutzgelderpresser. Der Racket-Begriff markiert für Adorno und Horkheimer insofern eine Zäsur in der Theoriebildung, als mit dem Sieg von Nationalsozialismus (und Stalinismus) die Aussagekraft des Klassenbegriffs an seine Grenzen gestoßen sei. «Der Unterschied von Ausbeutern und Ausgebeuteten tritt nicht so in Erscheinung, dass er den Ausgebeuteten Solidarität als ihre ultima ratio vor Augen stellte: Konformität ist ihnen rationaler. Die Zugehörigkeit zur gleichen Klasse setzt längst nicht in Gleichheit des Interesses und der Aktion sich um.» (Adorno 1975, 11) Racket, Clique, Bande, Gruppe oder Gang sind bei Adorno/Horkheimer wiederkehrende Begriffe, die von der Verallgemeinerung der Abhängigkeiten im Kapitalverhältnis, die Suche nach Schutz verbinde sich mit Herrschaftstechnik, in ihrem Kern handele es sich um eine Art Beutegemeinschaft von Herrschenden und Beherrschten: «Die Geschichte ist, nach dem Bilde der letzten ökonomischen Phase, die Geschichte von Monopolen. Nach dem Bilde der manifesten Usurpation, die von den einträchtigen Führern von Kapital und Arbeit heute verübt wird, ist sie die Geschichte von Bandenkämpfen, Gangs und Rackets.» (Adorno 1975, 15). Diese pessimistische Diagnose ist «nicht zuletzt ihrer Zeit geschuldet ... Doch gerade der Racket-Begriff macht die Dynamik in der politischen Praxis der «herrschenden Klassen» hinsichtlich der Integration der «Beherrschten» äußerst anschaulich.» (Lindemann 2014, 84). Weder bloß soziale Interessen oder Interessengleichheit noch reine Markt- der Leistungsgesetze und -regeln sind für den eigenen Erfolg, für das eigene Wohlergehen und Überleben entscheidend, sondern Beziehungen, Zugehörigkeiten, Zugänge zu Organisationen, technischen Mitteln und anderen Ressourcen. Gleiches gilt für die Eliten selbst: «Das Racket bezeichnet eine privilegierte Komplizenschaft, deren Strukturen durch die Festigkeit der internen, informellen Verbindungen und die Intensität der Verflechtung mit staatlichen und wirtschaftlichen, legalen und illegalen Strukturen bedingt ist. Die informellen Verbindungen sind dabei von der ideologischen Nähe der Mitglieder abhängig. Der Eintritt in das Racket ist das entscheidende Privileg, das über Macht oder Ohnmacht, Inklusion oder Exklusion entscheidet.» (Lindemann 2014 87f) «Die globalen Finanzakteure sind für die moderne Gestalt des Rackets als Herrschaftsmuster exemplarisch: So hat die neoliberale Globalisierung keinesfalls eine isolierte «transnational capitalist class» hervorgebracht, sondern vielmehr eine transnationale Vernetzungsdynamik herrschender Klassen, die nationale Legitimationsmuster, kulturelle Einbettungen und Abhängigkeiten sukzessive außer Kraft setzt und am ehesten mit dem Racketmuster zu erfassen ist.» (Lindemann 2014, 88). Eine Reaktion darauf stellte die von vom verstorbenen FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher angestoßene Debatte darüber dar, ob die Linke nicht doch recht gehabt haben könnte, die sich um den Verlust bürgerlicher Werte und Sinnstiftung unter neoliberaler Hegemonie drehte (vgl. Kahrs 2011). Verlust elementarer Wert ehrbaren bürgerlichen Klassenhandels auf den Märkten («ehrbarer Kaufmann»), globale Tendenzen zu neuen Monopolbildung nach dem Muster «the winner takes it all» treffen zusammen mit der unter dem Neoliberalismus vorangetriebenen Vermarktlichung aller Lebensbereiche und damit eine Kultur des Eigennutzes, der Bereicherung. Traditionelle Solidargemeinschaften (Familienbande, Betriebe, kollektive Organisationen) werden ideologisch wie materiell unterminiert, wo der Eigennutz und das Beutemachen dominieren. Was eine Gesellschaft zusammenhält, wird für den einzelnen unklar, im Zweifel ist es die Zugehörigkeit zu einem Racket oder die Bildung eines eignen. Das politische System als ein Teilsystem kann in dieser Sicht nur nach den gleichen Regeln funktionieren, also ist es naheliegend, dass «die Politiker» auch nur an sich und nicht an das Allgemeinwohl dächten. Eine naheliegende Lösungsstrategie ist die Anrufung des Nationalstaates und/oder des «Volkes» als ein übergeordnetes Racket, dem man per se angehört. Rational ist diese Strategie zudem in einem Bild von der globalen Welt, in dem Staaten, Nationen und Völker im Wettbewerb miteinander stehen.

Die Deutung des neuen europäischen und deutschen Populismus, mehr sollte mit diesen drei Erklärungsansätzen nicht gesagt werden, ist weder in sozialer und politischer Hinsicht abgeschlossen noch eine für die Linke gemütliche Angelegenheit.

ELEMENTE VON ALTERNATIVEN UND LINKEN ANTWORTEN

Gesellschaftspolitischen Strategien und eigenständige linke Antworten im Umgang mit der AfD zu entwickeln, macht nur Sinn, wenn es um mehr geht, wenn es um mehr gehen soll als den Erfolg oder Misserfolg einer neuen, rechtskonservativen, womöglich rechtspopulistischen Partei. Wenn dahinter eine Verschiebung von gesellschaftlichen Bruch- und Konfliktlinien erkannt wird, die auch unabhängig von der Zukunft dieser Partei die gesellschaftliche Agenda prägen werden bzw. könnten. Meine These ist, dass eine solche Verschiebung beginnt bzw. in Teilen bereits stattgefunden hat. Meine weitergehende Hypothese ist, dass es sich um einen spezifischen Gestaltwandel der sozialen Frage handeln könnte, der von neuen, bislang eher unsichtbaren, «schweigenden» sozialen Schichten getragen werden könnte.

Sind die vier gesellschaftlichen Dynamiken, aus denen die AfD ihre Zukunft schöpfen könnte, wie oben beschrieben, dann ergeben sich unmittelbar zwei Eckpfeiler einer linken gesellschaftlichen Gegenstrategie. Die politische Agenda wird womöglich längere Zeit bestimmt von Themen, die aus sich heraus rechten politischen Kräften in die Hände spielen und Entdemokratisierung fördern. (Denn mehr Bürgerbeteiligung meint bei der AfD mehr Einfluss nur für die wirtschaftlichen Leistungsbürger_innen.) Die Linken können an den vier tiefer liegenden Konfliktlinien (s.o.), an denen sich die AfD nährt, (mit ihren traditionellen Antwortmustern) nicht gewinnen. Aber sie können deren Wirkungsfelder verkleinern, in dem sie attraktive Gegenpositionen beziehen und klare Trennungslinien zu antidemokratischen Haltungen, zum Wohlstandschauvinismus, zum sozialen Nationalismus und zu Diskurspolitiken der Ungleichwertigkeit ziehen.

Gegen die von der AfD beförderten Haltungen der Ungleichwertigkeit und der Selbststilisierung als Leistungseliten sollte ein breites, parteiübergreifendes Bündnis, eine große Verständigung zur Verteidigung der Werte demokratischer Gleichheit und der Revitalisierung demokratischer Strukturen angestrebt werden. Geboten ist eine Demokratie-Debatte, die nicht beim Beklagen von «postdemokratischen» Zuständen und eher hilflosen «Demokratisierung der Demokratie»-Forderungen stehen bleibt. Der demokratische Bürger und die demokratische Bürgerin haben nicht nur Rechte, sie haben auch Pflichten: sich zu informieren, sich als Gleiche zu respektieren, ihre Kandidaten zu kennen, Demokratie als Tätigkeit zu begreifen. Hierbei sollte ein Schwerpunkt auf der Stärkung der regionalen und kommunalen (lokalen) Kompetenzen und demokratischen Institutionen liegen. Demokratie wächst von unten, mangelt es ihr an lokaler Praxis, verdinglicht sie zum «politisch-medialen Komplex», zur Staats- und Herrschaftsordnung. Die Stellung der Kommunen in der Finanz- und Staatsordnung wäre ein übergreifendes Thema auf der Konfliktlinie der Institutionen.

Eine aktuelle und anhaltende Bewährungsprobe sind die Auseinandersetzungen um die Unterbringung von Flüchtlingen und die gesellschaftspolitische Diskurs- und Deutungspolitik generell zu Migration und Einwanderung. Hierbei kommt es vor allem darauf an, auf die Zukunft zu schauen und die Frage zu beantworten, wie es gehen kann, jährlich vielleicht 200.000 und mehr Flüchtlinge aufzunehmen, ob europäische Quotenregelungen sinnvoll sind, wie sich die Kommunen vorbereiten usw.

Eine zweite, anders gelagerte tagespolitische Gemengelage kommt hinzu: die Wahlen in Griechenland und ein möglicher Wahlsieg von Syriza. Dann ginge es sehr handfest nicht nur darum, Fragen der Entschuldung der Südländer, sondern weitergehend die linken Vorstellungen von einer europäischen Solidargemeinschaft gegen die herrschende EU-Politik und den nationalen Wettbewerbspopulismus der AfD behaupten müssen. Nichts wäre notwendiger als eine zumindest symbolhafte institutionelle Vorstellung, wie europäische sozialstaatliche Solidarität Gestalt annehmen könnte - etwa als der schrittweise Aufbau einer europäisierten Arbeitslosenunterstützung? Ohne eine solche politische Vision in konkreter Gestalt, wozu Europa für ein besseres Leben der Europäer_innen gut und nötig sein sollte, wird die Linke der rechten Drift wenig entgegenzusetzen haben. Vor allem stünde aber die linke Antwort darauf, dass eine Neuverhandlung der griechischen Schulden ohne «Verluste für Deutschland» nicht vorstellbar ist, also ein auch emotionalisierendes Eintreten für eine europäische Solidargemeinschaft.

«Europäische Solidarität» steht exemplarisch für die Defensive der Linken weltweit. Die traditionellen linken Erzählungen – Internationalismus, globale Regelungsmechanismen, Pluralität, zu vertiefende europäische Integration (z.B. Sozialunion) – stoßen an Grenzen ihrer emotionalen Reichweite, wenn «das Internationale nicht mehr als Verheißung, sondern als Bedrohung wahrgenommen wird» (Bröning 2015, 2). Gleichwohl bleibt es richtig, dass enge nationale Horizonte überwunden werden müssen, wenn es etwa um Klimaschutz, kollektive Sicherheit, Umwelt- und Migrationsfragen. «Weltinnenpolitik» (und damit immer auch internationalistisch ausgerichtete Politik) jedoch ist für große Teile der Öffentlichkeit und mehr noch der Nichtöffentlichkeit eine abgehobene Sache der «verkommenen Eliten», zuweilen auch «Verrat am eigenen Volk», also Teil des Problems, nicht der Lösung.

«Europa» steht somit für die doppelte Frage nach der Zukunft von Nationalstaat: Wie sähe ein linker «Gebrauch» des Nationalstaates im Rahmen einer Weltinnenpolitik aus? Wie sähe der demokratische Aufbau einer neuen (oder eben alten) Form von Staatlichkeit, die angesichts wachsender ökonomischer Verflechtungen auch die Frage der Zugehörigkeit und der Verantwortlichkeit von politischen Entscheidungen (Wo sind die richtigen Adressaten?) beantwortet. Mir scheint, dass die nahezu eruptive Wirkung von «Pegida» und AfD auch auf diese unbeantwortete Frage zurückgeht.

Hinzu kommt: «Familie» steht in ihrem Diskurs für die Frage nach dem Schutz und der Sicherheit (im emphatischen Sinne) in der unmittelbaren zwischenmenschlichen Gemeinschaft. Wenn die AfD zuweilen die Familienpolitik ins Zentrum rückt, dann grenzt sie sich damit auch nach links ab, wo traditionell die Arbeitswelt im Mittelpunkt steht, der Betrieb, die Belegschaft, der individuelle Arbeitsvertrag, der Lohn und der Lohnabhängige – oder die «Reproduktionsarbeit». Recht eigentlich spricht die AfD auch nicht von Arbeit oder Arbeitnehmern, sondern sie stellt das unternehmerische Selbst in den Mittelpunkt, im Zweifel in Gestalt des Familien-Unternehmers⁵, des Selbstständigen und Freiberuflers und der «leistungsstarken Mitte» der Gesellschaft. «Leistung, die sich nicht lohnt», ist der gesellschaftspolitische Bezugspunkt der AfD – und nicht «Arbeit, von der man nicht leben kann». Hinzukommt, dass ihre geldpolitische Ausrichtung sich an die Sparer, Versicherungspolice-Nehmer, Zinseinkommensbezieher wendet, nicht aber an die Lohnbezieher bzw. auf den Lohnanteil am Haushaltseinkommen (vgl. Kahrs 2014). Das bietet für linke Diskurse einerseits eine Chance zur Polarisierung. Andererseits würde diese Chance aber wohl verspielt, wenn über den/die Arbeitnehmer/in individuell, losgelöst von ihrem/seinem unmittelbaren Lebenszusammenhang in Familie, Haushalt, Nachbarschaft gesprochen werden würde.

In Bezug auf «Familie» schwingt immer mit, dass Leistung (oder Arbeit) kein Selbstzweck ist, sondern den Zweck im Zusammenleben mit anderen findet, im Zweifelsfall also Teil in einer Gesamtstrategie für die familiäre/haushaltsbezogene Reproduktion. Familie oder Haushalt – als kleinster Einheit der «eigenen Lebenswelt» – wäre daher auch für linke Diskurse als der Bezugspunkt von Politik zu entdecken, auf den Stärken und Schwächen politischer Entscheidungen bezogen werden müssten, um im Alltag anzukommen. Die Rede von der Abgehobenheit und Lebensfremdheit «der Politik» hätte hier eine Ursache: in der Weigerung der spezialisierten Politik-Experten, sich in ihrer politischen Sprache und ihrem Handeln auf lebensweltlichen Einheiten, Zusammenhänge und Abläufe zu beziehen. Veränderung beginnt mit einer Problembeschreibung. Sie strukturiert die Suche nach Lösungen, aber sie ist auch der erste Schritt, um Gesellschaftliches ins Politische zu holen usw.

Diese Vorschläge zielen nicht so sehr darauf, jene gesellschaftliche Schichten, Lebenslagen und Haltungen anzusprechen, die sich durch die AfD angesprochen und repräsentiert fühlen, um sie für die Linke zurückzugewinnen. Vielmehr geht es, unter der Annahme der vier anhaltenden Konfliktlinien, darum, eine weitere Ausbreitung der AfD und anderer populistischer Anrufungen in für Linke erreichbare Schichten und Klassen und Haltungen zu verhindern, indem die eigenen Deutungen, Ansprachen und Vorschläge die aufgeworfenen Fragen und Problemstellungen bearbeiten. Es ist kein realistisches Ziel sein, in Größenordnungen AfD-Wähler_innen für linke Parteien gewinnen zu wollen, dafür dürfte es zu hohe Hürden geben. Es kann aber darum gehen, dass gesellschaftspolitische Spielfeld der AfD zu verstehen, um seiner Ausweitung mit einer Veränderung und Erweiterung des eigenen Feldes zu begegnen. Eine zentrale Rolle wird dabei die Verteidigung des Sozialstaates spielen, ohne den sozialen Nationalismus zu stärken. Eine zweite entscheidende Rolle wird die Fähigkeit spielen, mit den eigenen Konzepten nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen zu erreichen, also wieder den Wert emotionalisierender Erzählungen zu erkunden, ohne dabei populistisch zu werden.

⁵ «Familien-Unternehmer» scheint mir ein doppeldeutiger Begriff zu werden. Einerseits ist der traditionelle Familienunternehmer gemeint, andererseits wird in verschiedenen Bereichen immer stärker die Familie als Unternehmen angesprochen, etwa wenn in die Bildung des Nachwuchses «investiert» wird.

QUELLEN/LITERATURNACHWEIS

In diesen essayistischen Versuch eingeflossen sind Anregungen aus den verschiedenen Studien zur AfD, die auf der Internet-Seite der RLS zugänglich sind, namentlich von Lucius Teidelbaum, Gerd Wiegel und Alban Werner hier <http://www.rosalux.de/news/39892/alternative-fuer-deutschland.html> sowie von Felix Korsch: Nationalkonservativ und rechtsradikal; hier

<http://www.rosalux.de/publication/40320/nationalkonservativ-und-marktradikal.html>

Weiter verweise ich summarisch auf diverse Wahlanalysen von Conny Hildebrandt, Gerd Wiegel, Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs, zu finden unter

<http://www.rosalux.de/staatdemokratie/thema/parteienwahlanalysen/2379/298.html> sowie unter

www.horstkahrs.de, hier als Belegstelle für die aufgeführten Zahlen zur AfD insbesondere der Vortrag vor

dem «Forum Neue Politik der Arbeit» hier <http://www.horstkahrs.de/2014/10/19/afd-parlamentarischer-arm-eines-rechts-buergerlichen-aufbruchs/> und zum rechten Aufschwung bei der Bundestagswahl 2013

hier <http://www.horstkahrs.de/2014/03/13/bundestagswahl-2013-ausgewaehlte-ergebnisse-der-repraesentativen-wahlstatistik/>

Theoder W. Adorno (1975): Reflexionen zur Klassentheorie; in: ders. Gesellschaftskritik und Kulturkritik, Frankfurt/M., S. 7-25

David Bebnowski, Julika Lisa Förster (2014): Wettbewerbspopulismus. Die «Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen», Studie für die Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt/M.

Michael Bröning (2015): Der Triumph des Nationalen; in: Süddeutsche Zeitung, 1, 2.1.2015, S. 2

René Cuperus (2014): Das Versagen der selbstgerechten Etablierten; in: Berliner Republik, Nr. 6 (Dezember), S. 71-73.

Friedrich Engels (1891/1963): Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, MEW 22, S. 225-240

Lutz Goebel (2014): Viel Platz für die AfD. Die Partei profitiert vom politischen Meinungskartell; in: FAZ, 243, 20.10.2014, S. 23.

Alexander Häusler (2013): Die «Alternative für Deutschland» - eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Heinrich-Böll-Stiftung, Düsseldorf 2013

Horst Kahrs (2011): Ratloses Bürgertum?; online-Dokument <http://www.horstkahrs.de/2011/09/08/ratloses-burgertum/>

Horst Kahrs (2013): Die großen Fragen links der Mitte; in: Berliner Republik, 6/2013, S. 41-43.

Horst Kahrs (2014): Leistung ist ihr Lieblingsswort; in: analyse & kritik Nr. 598, 14.10.2014 – online hier: http://www.akweb.de/ak_s/ak598/32.htm;

Renate Köcher (2014a): Alternative für Deutschland?; in: FAZ, 89, 17.04.2013, S. 10

Renate Köcher (2014b): Die scharfe Kante der AfD; in: FAZ, 245, 22.10.2014, S. 8.

Renate Köcher (2014c): Die Bürger nicht verachten; in: FAZ, 293, 17.12.2014, S. 8

Kerstin Köditz und Volkmar Wölz (2014): Zweireiher statt Springerstiefel. Die «Alternative für Deutschland» als «rechtsradikale Partei neuen Typs»; Paper, September 2014

Max Lill (2015): Trügerische Ruhe im bedrohten Paradies? Studie für die RLS, Berlin

Kai Lindemann (2014): Finanzkapitalismus als Beutesystem. Der Neoliberalismus und die Aktualität des Racket-Begriffs; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, S. 81-90.

Oskar Negt (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen.

Dieter Plehwe (2014): Durchmarsch der nationalen Neoliberalen? Die AfD und die neue europäische Rechte; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2014, S. 63-72

Rüdiger Schmitt-Beck (2013): Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinahe-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1/2014, S. 94-112

sowie verschiedene Beiträge von Andreas Kemper hier <https://andreaskemper.wordpress.com/> .